



NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

© Daniel Gimmer, Pulswerk

Ausgabe vom 30. September 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche haben wir im Bundestag über das Thema Nachhaltigkeit debattiert. Die Debatte dient dazu, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und unsere Fortschritte in diesem wichtigen Bereich zu bewerten.

Wesentlich für die Strategie sind die sechs Nachhaltigkeitsprinzipien: Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden, globale Verantwortung wahrnehmen, natürliche Lebensgrundlagen erhalten, nachhaltiges Wirtschaften stärken, sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern sowie Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen.

Ein besonderes Augenmerk hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei dieses Mal auf das Thema der Ernährungssicherung gelegt und mit einem „regionalen Tisch“ die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Thema gelenkt.

Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen im Bereich der Nachhaltigkeit. Auf der einen Seite müssen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit angegangen werden. Auf der anderen Seite haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land.

Über diese und weitere spannende Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Die Sitzungswoche

Leitantrag der
CDU/CSU zum
Kinderschutz

Nachhaltigkeits-
aktion "regionaler
Tisch"

Terminrückschau

Terminvorschau

CDU

Bundestag berät Unionsantrag zur Bejagung des Wolfes: Artenschutz braucht Akzeptanz

Die Wolfspopulation in Deutschland wächst jedes Jahr um 30 Prozent und damit rücken die Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere in den Vordergrund. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen“ adressiert daher die Sorgen der Weidetierhalter und Bevölkerung des ländlichen Raumes.

Die bisherigen Präventionsmaßnahmen und Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz im Jahr 2020, mit denen eine vereinfachte Entnahme von Wölfen beabsichtigt war, haben nicht die gewünschten Erfolge gezeigt. Aus diesem Grund fordert die Unionsfraktion in ihrem Antrag ein Wolfsbestandsmanagement nach dem Vorbild von EU-Staaten wie Schweden, Finnland oder Frankreich. Wenn dort ein günstiger Erhaltungszustand erreicht ist, werden Wölfe unter bestimmten Voraussetzungen bejagt.



Bildquelle: Canva.

Das Wolfsbestandsmanagement in anderen EU-Mitgliedsstaaten zeigt uns praxisgerechte Möglichkeiten auf, wie im Rahmen der geltenden europäischen artenschutzrechtlichen Bestimmungen ein nachhaltiges Wolfsbestandsmanagement gestaltet werden kann.

Ein Bestandsmanagement ist auch hierzulande notwendig, um die Weidetierhaltung zu erhalten, dem Schutz von Wölfen zu genügen und den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, den Erhaltungszustand des Wolfes in Deutschland zu definieren, eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen und die Vernetzung und den Austausch der deutschen Wolfsbestände mit ihren Herkunftspopulationen in Ost- und Südeuropa und deren Größe zu berücksichtigen. Auf einer solchen Basis kann dann ein effektives Wolfsbestandsmanagement eingeführt werden. Nur durch die Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können alle berechtigten Interessen der Bevölkerung und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden. Zu einem effektiven Wolfsbestandsmanagement gehört daher auch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, der die Aufnahme des Wolfes in den Katalog der jagdbaren Arten vorsieht.

Ankündigung von 200 Mrd. Euro Sonderschulden

Bundeskanzler Scholz hat am Donnerstag zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister und dem Bundesfinanzminister einen „Wirtschaftlichen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges“ mit einem Volumen von bis zu 200 Mrd. Euro angekündigt. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) soll dabei folgende Aufgaben erfüllen:

- Finanzierung einer Gaspreisbremse,
- Liquidität und Zuschüsse für eine Strompreisbremse,
- Finanzierung weiterer Stützungsmaßnahmen für aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene Unternehmen und
- Ersatzbeschaffungskosten für aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene und für die Marktstabilität relevante Gasimporteure.

Zudem wurde endlich angekündigt, dass die Gaspreismulage aufgehoben und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Gas Bestand haben soll. Ferner soll es ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft zur Vermeidung unverhältnismäßiger zusätzlicher Bürokratielasten geben.

Wichtig ist mir, dass Bürger und Unternehmen angesichts der hohen Energiekosten wirksam entlastet werden können und dass es ein schlüssiges Gesamtkonzept gibt. Die konkrete Ausgestaltung der anvisierten Maßnahmen und ab wann sie wirken sollen bleibt aber unklar. Somit gibt es für Bürger und Unternehmen weiterhin viel Unsicherheit, wie es mit ihren Strom- und Gaspreisen weitergeht. Im Ergebnis richtet die Bundesregierung einen weiteren Schattenhaushalt mit einem Volumen von bis zu 200 Mrd. Euro ein, hat aber immer noch keine schlüssige Lösung für die hohen Energiepreise gefunden.



Bildquelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Der Leitantrag der Woche: Kinderschutz geht über Datenschutz

In Reaktion auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur deutschen Vorratsdatenspeicherung hat die Unionsfraktion eine anlasslose, sechsmonatige Speicherung von IP-Adressen zur Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornographie gefordert.

Die Bundesregierung sollte den vom EuGH bestätigten gesetzgeberischen Spielraum nutzen, denn bei der Verfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im Internet ist die IP-Adresse häufig die einzige Spur zum Täter. Da es bisher keine Speicherpflicht gibt, sind die digitalen Beweismittel oftmals nicht mehr vorhanden, wenn Ermittlungsbehörden erste Hinweise auf Missbrauchstaten erhalten. Ohne eine befristete Speicherung werden Beweise gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglicher Zustand.

Das bislang von der Koalition vorgeschlagene „Quick Freeze“-Verfahren sehen wir in Übereinstimmung mit den Ermittlungsbehörden als untauglich an - denn Daten, die nicht mehr vorhanden sind, können auch nicht eingefroren werden. Hier braucht es schnell eine praxistaugliche und rechtssichere Regelung – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen und zur besseren Aufklärung und Verfolgung dieser Verbrechen.

Links

Link zum Antrag der Unionsfraktion „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003687.pdf>.

Mehr Informationen dazu gibt es auch auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter:

<https://www.cducsu.de/themen/kinderschutz-geht-ueber-datenschutz>.



Bildquelle: Hermann Färber.

Nachhaltigkeitsaktion "Regionaler Tisch" im Deutschen Bundestag

Diese Woche hat der Bundestag über das Thema Nachhaltigkeit debattiert. Ein besonderes Augenmerk legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieses Mal auf das Thema der Ernährungssicherung. Aus diesem Grund haben wir Abgeordnete regionale Lebensmittel aus unseren Wahlkreisen mitgebracht. Regionale Lebensmittel sind der Inbegriff der Nachhaltigkeit - Umwelt und Klima werden geschont, die Wertschöpfung bleibt vor Ort und unsere Kulturlandschaften werden erhalten.

Mit selbst hergestellten Spätzle nehme ich ein Stück Heimat mit nach Berlin. Ich möchte so aber auch auf die landwirtschaftliche Leistung aufmerksam machen, die dahinter steckt. Das gilt gerade in Zeiten enormer Belastungen für Landwirtschaft und verarbeitende Betriebe durch die exorbitanten Energiepreise.

Die Lebensmittel des "regionalen Tisches" kommen im Nachgang zu unserer Aktion der Tafel zugute.

Lesen Sie hierzu auch meine Pressemitteilung: <https://www.hermann-faerber.de/index.php/aktuelles/8-uncategorised/aktuelles/136-pressemitteilung-regionalitaet-schafft-wertschoepfung-vor-ort>.



Sitzungswochen in Berlin

10. - 14. Oktober 2022

17. - 21. Oktober 2022

07. -11. November 2022

Terminvorschau

01. Oktober: Einweihung des Gerätehauses der Feuerwehr Böhmenkirch

05. Oktober: Besuch der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) auf dem Hof am Leispel

10. Oktober: DFWR Podiumsdiskussion zum Thema Ökosystemleistungen des Waldes, nachwachsender Rohstoff Holz in Berlin

12. Oktober: Übergabe der Erntekrone an den Agrarausschuss und Verleihung des Ceres-Awards in Berlin

13. Oktober: Politischer Erntedank des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de